

An den
Bürgermeister der Gemeinde Langerwehe
Peter Münstermann
Schönthaler Str. 4
52379 Langerwehe

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Rat der Gemeinde Langerwehe

Chris Andrä
Fraktionsvorsitzender

Kreuzherrenstr. 6
52379 Langerwehe
Tel.: 02423 914115
Mobil: 0170 2273 972
Mail: chris.andrae@gruenelangerwehe.de

Langerwehe, den 27.01.2021

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Ausrufung der Klimanotlage / Climate Emergency in der Gemeinde Langerwehe

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wie bereits durch den Kreis Düren im Juli 2019 erfolgt, beantragen wir heute, auch für die Gemeinde Langerwehe die Klimanotlage festzustellen und unten aufgeführte Maßnahmen zu beschließen, um der Klimakatastrophe entgegenzuwirken.

Beschlussvorlage im Ausschuss für Umwelt und Energie sowie im Rat der Gemeinde Langerwehe:

Die Gemeinde Langerwehe erklärt die Klimanotlage und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

- Die Gemeinde Langerwehe wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei Entscheidungen berücksichtigen. Hierzu wird das Verfahren des Deutschen Städtetages und des Instituts für Urbanistik herangezogen, siehe https://www.modernisierungsbuendnisse.de/nadi/media/260220030449_720041.pdf. Diese Orientierungshilfe fügen wir bei, besonders zu beachten ist hierbei, dass nach Stufe 1 (positive oder negative Auswirkungen) statt einer möglichen Ablehnung des Beschlusses auch Optimierungsmöglichkeiten durch Förderung des Klimaschutzes aufgezeigt werden. Dazu ist rechtzeitig im Prüfverfahren eine Sensibilisierung und frühzeitige Einbindung der betroffenen Fachressorts notwendig. Falls durch die Maßnahmen keine Optimierung erzielt werden kann, sollen Kompensations- oder Ausgleichsmaßnahmen angeboten werden.
- Die Gemeinde wird ihre Klimaschutzbemühungen mit anderen lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungen koordinieren, um sofortige und kurzfristige Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen einzuleiten.
- die Gemeinde Langerwehe verpflichtet sich, die Bürger*innen und insbesondere junge Menschen über die Klimanotlage regelmäßig zu informieren, indem sie Bürger*innenversammlungen und andere Aktivitäten durchführt sowie Informationen vermittelt, bei denen die Bürger*innenbeteiligung im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung steht.

- der Rat wird in Kooperation mit der zu schaffenden Stelle des Klimaschutzmanagers/der Klimaschutzmanagerin mit dem Bürgermeister und der Verwaltung zusammenarbeiten, um einen Haushalt zu entwickeln, der dringende Klimaschutzmaßnahmen ermöglicht und eine klimaresiliente Zukunft für alle Bürger*innen gewährleistet.
- die Gemeinde Langerwehe fordert von der Bundesregierung, ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.

Begründung:

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Die Europäische Kommission hat mit dem European Green Deal ein Konzept erarbeitet, das neben vielen weiteren Maßnahmen die **Reduzierung der CO₂-Emissionen um 55% bis zum Jahr 2030** beinhaltet.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird.

Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein. Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems allein durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. In Deutschland haben bereits über 70 Kommunen den Klimanotstand ausgerufen.

UN-Generalsekretär António Guterres forderte beim virtuellen Klimagipfel am 04. Januar 2021 weitere drastische Maßnahmen gegen die Erderwärmung. Zudem forderte er alle Länder auf, den Klimanotstand auszurufen, bis die Klimaneutralität erreicht ist.

Es ist jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln, auch in Langerwehe!

Mit freundlichen Grüßen



Chris Andrä

Fraktionsvorsitzender



Iris Tigges

sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Umwelt und Energie